



Post aus Berlin - September 2020

*Liebe Freunde,*

Ende Mai hatte ich verkündet, für die Bundestagswahl 2021 nicht mehr als Direktkandidat für meinen Wahlkreis zu kandidieren. Mit dann 67 Jahren soll Schluss sein! Die ungeahnte Vielzahl der Reaktionen auf diese Nachricht veranlassen mich, Ihnen herzlich zu danken für die guten Worte, die mich auf den unterschiedlichsten Wegen schriftlich aber auch in persönlichen Gesprächen erreicht haben. Ich habe mich über jeden einzelnen Zuspruch sehr gefreut! Sie dürfen versichert sein, dass ich mit ungebrochener Motivation und Tatkraft in mein letztes Parlamentsjahr starten werde.

Und es gibt viel zu tun: Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie erweisen sich weiterhin als globaler Stresstest, indem sich Deutschland gut gerüstet zeigt.

### Aus dem Parlament

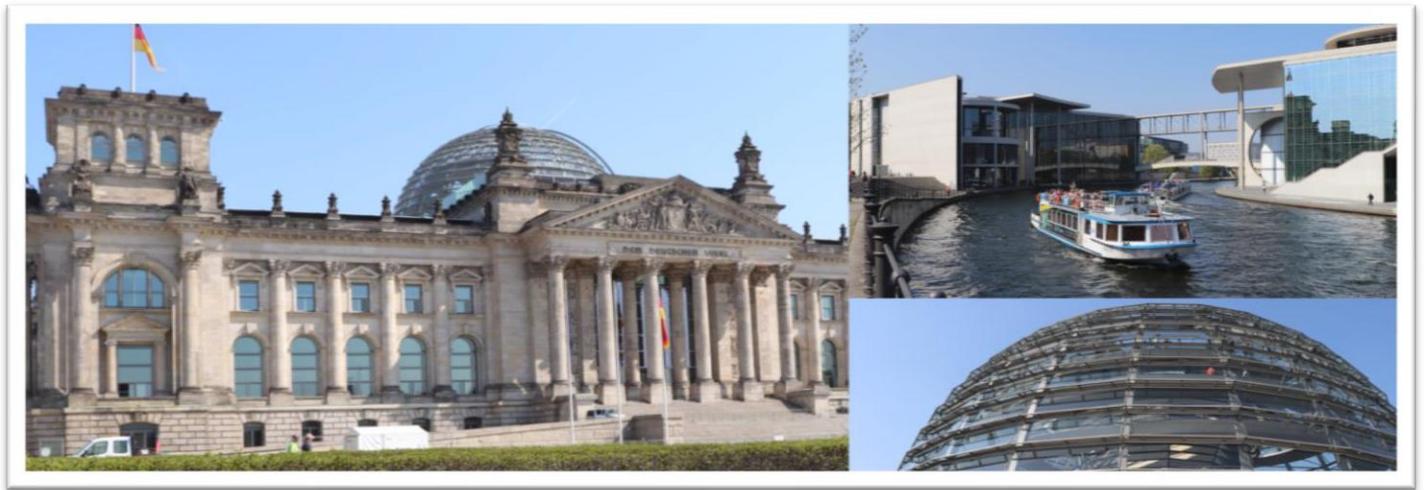
In der ersten Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause rief uns ein in den letzten Monaten etwas aus dem Fokus geratenes Thema erneut in Erinnerung, dass es auch hier noch viel zu bewältigen gilt: **Migration**. Um es vorwegzunehmen: Der Brand im Flüchtlingslager von **Moria** auf der griechischen Insel Lesbos erfordert zweifellos eine

schnelle Hilfe für die über 13.000 obdachlos gewordenen Menschen. Deshalb haben wir über notwendige Schlussfolgerungen für die Arbeit der Bundesregierung im Deutschen Bundestag debattiert, lebhaft und vorhersehbar mit den unterschiedlichsten Erwartungshaltungen.



Bildquelle: Büro Brackmann Berlin

Meine Haltung ist ganz klar: Einen nationalen Alleingang, wie von einigen Bundesländern sowie aus der Opposition heraus gefordert, halte ich für den falschen Weg.



Deutschland ist zur Hilfe bereit, aber nur im Zusammenspiel mit den Mitgliedsstaaten der EU.

Eine europäische Lösung ist gefragt und die kann nicht herbeigeführt werden, wenn unsere europäischen Nachbarn den Eindruck haben: Deutschland macht das schon!

Den zu Beginn dieser Sitzungswoche von der Bundesregierung unterbreiteten Vorschlag, 1.553 Menschen aus 408 Familien aufzunehmen, die sich noch auf den griechischen Inseln befinden und in einem regulären Asylverfahren als schutzbedürftig anerkannt wurden, halte ich für einen guten Weg. Deutschland setzt damit das richtige Signal: Wir stehen zu unserer Pflicht, aber auch andere europäische Staaten sind gefordert. Deshalb ist die Beteiligung am Aufbau eines **EU-geführten Asylzentrums auf Lesbos** ein ebenso vielversprechender Schritt. Deutschland hat bereits humanitäre Sofort-Hilfe (2.000 Decken, 1.400 Feldbetten, 12.000 Schlafsäcke, 530 Zelte, Heizungen, Sanitäreinrichtungen) im Wert von mehreren Millionen EUR nach Griechenland entsandt, um vor Ort die Regierung zu unterstützen.

## 7. Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes

Weiterhin haben wir im Parlament in 2. und 3. Lesung einen Gesetzesentwurf zur Reform der **Kraftfahrzeugsteuer** beraten und beschlossen. Ziel der Reform ist es, die Nachfrage auf Fahrzeuge mit reduziertem Emissionspotenzial zu lenken und so die CO<sub>2</sub> – Emissionen im Straßenverkehr zu senken. Deshalb gilt für alle – ausschließlichen - **E-Fahrzeuge**, die bis 2025 erstmals zugelassen werden, eine

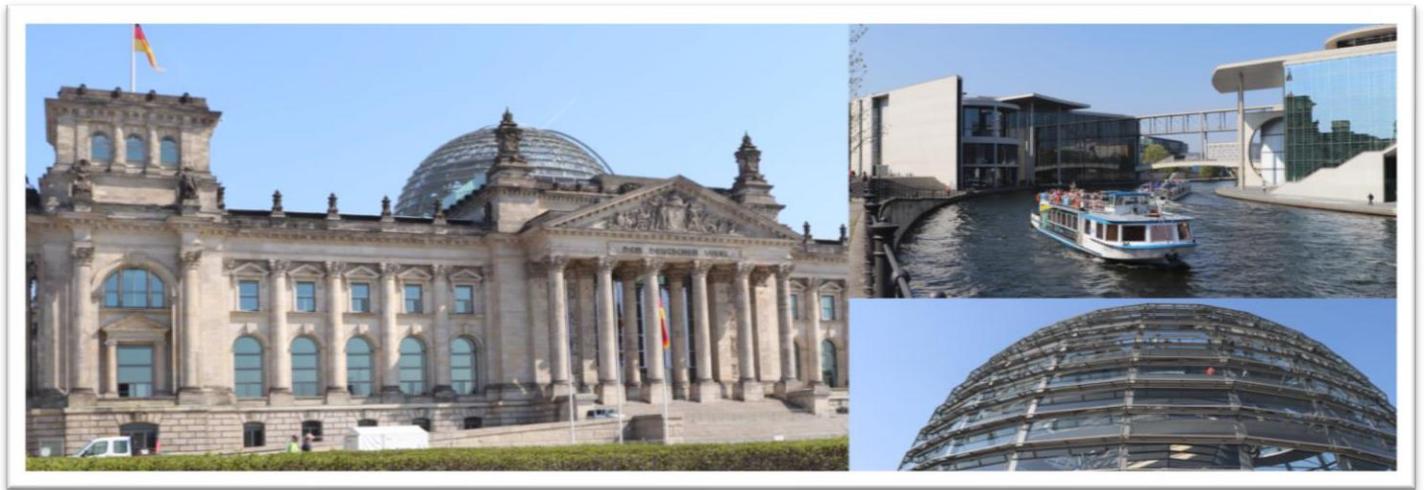
Steuerbefreiung bis zum Jahr 2030. Für Fahrzeuge mit einem CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 95 g/km (Ez: ab 12.06.20) gilt die Steuerbefreiung bis Ende 2025.

Gut zu wissen: Die Reform soll aufkommensneutral erfolgen; das Gesamtsteueraufkommen von derzeit 9,5 Mrd. EUR soll sich nicht erhöhen.

## Gesetz zur Modernisierung des Wohnungseigentumsgesetzes (WEG)

Die **WEG-Novelle** ist ein zentrales rechtspolitisches Vorhaben der Union in dieser Wahlperiode und gerade auch für Schleswig-Holstein ein Thema, das mit großem Interesse verfolgt wird. Immerhin waren im Jahr 2018 53,3 Prozent der Bewohner unseres Bundeslandes Eigentümer einer Wohnung, die sie auch selbst bewohnten; zum Vergleich: Berlin wies mit 17,4 Prozent die geringste Eigentümerquote auf. (Quelle: Statista 2020). In 2. und 3. Lesung haben wir im Parlament über den Gesetzesentwurf in dieser Sitzungswoche beraten.

Ein Hauptkritikpunkt am alten WEG war, dass die schwerfällige Beschlussfassung allzu oft dazu führte, dass sich Wohnungseigentumsanlagen in einem deutlich schlechteren Erhaltungszustand befinden als andere Immobilien. Das hat ein Ende, denn das Einstimmigkeitserfordernis für die Beschlussfassung wird abgeschafft. Jeder **Wohnungseigentümer** hat künftig einen Anspruch auf Bestellung eines durch die IHK zertifizierten Verwalters; so wird die Qualität der WEG-Verwaltung erhöht. Auch wurden Ansprüche auf den Einbau von Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge, der barrierefreie Aus- und Umbau, Maßnahmen des Einbruchsschutzes und zum Glasfaseranschluss (jeweils auf Kosten des Wohnungseigentümers) gesetzlich



verankert. Dafür hat sich die Union im parlamentarischen Verfahren besonders stark gemacht.

Eingeflossen sind ebenfalls die Ergebnisse einer Bund-Länder-Kommission aus dem Jahr 2018.

### **Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen und der neuen Länder.**

Die Folgen der Covid-19-Pandemie treffen auch die Haushalte der Städte und Gemeinden in unseren Ländern mit voller Wucht. Deutschland braucht handlungsfähige und leistungsstarke Kommunen - schnelle Hilfe ist daher gefragt!

Der Bund ist sich dieser Verantwortung bewusst, denn ohne den pauschalen **Ausgleich der Gewerbesteuermindereinnahmen** würden die Kommunen diese Folgen im Wesentlichen selbst zu tragen haben. Die Wahrnehmung der Selbstverwaltungsaufgaben wäre ernsthaft in Gefahr und Kürzungen, bspw. in der Daseinsvorsorge, zu besorgen. Deshalb bedurfte es nicht nur einer gesetzlichen Grundlage, sondern zuvor noch – wie bereits zum wiederholten Male in diesem Jahr - einer grundgesetzlichen Verankerung der Gesetzgebungskompetenz. Und die hierfür erforderliche 2/3 Mehrheit stand „erst kurz vor knapp“, denn Finanzminister Olaf Scholz bemühte sich erst im letzten Augenblick darum, mit den beiden Oppositionsparteien eine Einigung zur Sicherung des Votums zu erzielen.

In Rekordzeit wurde sodann erneut das Gesetzgebungsverfahren vollzogen, in dieser Sitzungswoche mit der 2. und 3. Lesung und der finalen Abstimmung im Bundestag.

Damit steht fest, die Länder erhalten aus dem Bundeshaushalt einen Gesamtbetrag von **6,134 Mrd. EUR**, um noch in diesem Jahr die zu erwartenden Gewerbesteuermindereinnahmen zu gleichen Teilen mit dem jeweiligen Land zu Gunsten der Kommunen abzufedern.

Der auf **Schleswig-Holstein** entfallende Anteil beträgt pauschal **183 Mio. EUR**.

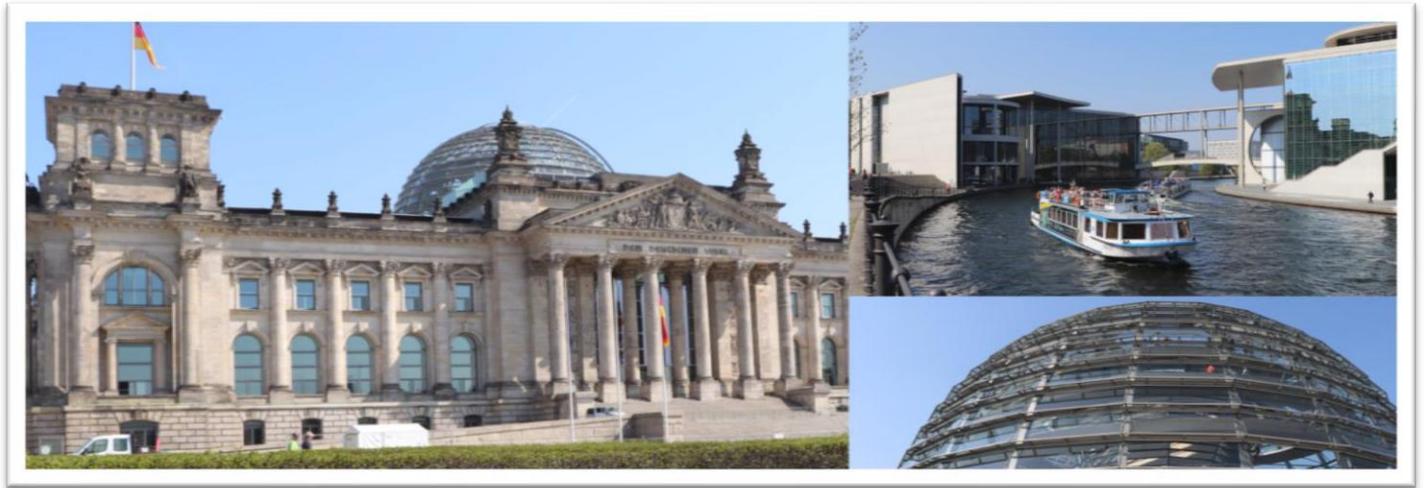
Darüber hinaus wird der Bund dauerhaft weitere 25 Prozent und insgesamt bis zu 75 Prozent der **Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU)** in der Grundsicherung für Arbeitsuchende übernehmen. In **Schleswig-Holstein** werden im Jahr **2020 73,1 Prozent** und im Folgejahr 71,6 Prozent vom Bund übernommen.

Mit diesen Beschlüssen stärken wir die Finanzkraft unserer Kommunen und helfen ihnen außerordentlich: **Gemeinsam kommen wir aus der Krise!**

### **Aus meinem Abgeordnetenbüro**

Im Februar/März absolvierte **Natali Lorenzen** aus Köthel im Kreis Herzogtum Lauenburg ein mehrwöchiges Praktikum im Rahmen ihres Studiums Politik und Recht an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Gerade in dieser Woche erreichte mich eine Nachricht von ihr und sie schilderte nicht nur ihre aktuellen Studienbedingungen zu Corona-Zeiten, sondern berichtete noch immer ganz erfüllt von den vielfältigen Eindrücken im Abgeordnetenbüro und von meiner Tätigkeit als Maritimer Koordinator der Bundesregierung. Gerade lässt sie sich studienbegleitend als Klima-Botschafterin ausbilden. Der Impuls hierfür kam aus



ihrer Praktikumszeit. Darüber freue ich mich sehr!

Im September besuchte mich der 14-jährige **Finn Zimmermann** aus Luckenwalde anlässlich seines Orientierungspraktikums in der 9. Jahrgangsstufe.

Finn war der erste Praktikant nach dem Lockdown im Frühjahr. Ich freue mich, dass wir wieder jungen Praktikanten die Möglichkeit eröffnen können, hinter die Kulissen des politischen Berlins zu schauen – ein Stück zurück zur Normalität.

empfangen werden können. Damit entfällt für die Informationsfahrten ein ganz wesentlicher Programmpunkt, sodass sie weiterhin **nicht** stattfinden können.

Das ist natürlich schade, aber Vorsicht ist weiterhin das Gebot der Stunde.

Kommen Sie gut durch diese bewegte Zeit und genießen Sie den Herbst.

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin

Ihr

Norbert Brackmann



Bildquelle: Büro Brackmann Berlin

Gedulden müssen sich allerdings unsere politisch interessierten Besucher aus dem Wahlkreis. Seit März sind sämtliche **Besuchsfahrten in den Deutschen Bundestag** Corona bedingt ausgefallen.

Vor wenigen Tagen hat der Ältestenrat des Deutschen Bundestages entschieden, dass zunächst **bis Ende des Jahres 2020 keine Besuchergruppen im Bundestag**